

# Bouffier hält an Energiewende fest

FAZ 20.12.14

Plädoyer für Windkraftausbau und neue Stromtrassen / „Menschen nicht überfordern“

ler. WIESBADEN. Für Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) steht die Energiewende in Hessen nicht in Frage. Die Landesregierung von CDU und Grünen halte an dem Ziel fest, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2018 auf 25 Prozent zu verdoppeln, stellt Bouffier in einem Interview klar, das morgen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erscheint. „Daran arbeiten wir, das werden wir erreichen.“

Auch an der Regelung, wonach Windräder mindestens 1000 Meter von Siedlungen entfernt sein müssten, lasse er nicht rütteln. „Das ist ein guter Kompromiss, und dabei bleibt es.“ Die FDP, der frühere Koalitionspartner der Union in Hessen, fordert deutlich größere Mindestabstände. Die mancherorts, wie jüngst bei ei-

nem Bürgerentscheid in Oestrich-Winkel, laut werdende Kritik an Windrädern hat Bouffier nach eigenen Worten nicht über rascht. Als vor drei Jahren parteiübergreifend beschlossen worden sei, zwei Prozent des Landesterritoriums als Vorrangfläche für Windräder auszuweisen, sei ihm schon klar gewesen, „dass eine allgemeine Begeisterung für die Energiewende schnell in Protest umschlagen kann, wenn die Dinge konkret werden“.

Wie richtig er mit dieser Einschätzung liege, zeige sich nicht zuletzt an den Protesten gegen neue Höchstspannungsleitungen durch Hessen. „Dabei sind diese Trassen gerade auch für Hessen für eine sichere Versorgung unbedingt notwendig.“ Der Ministerpräsident weist darauf hin, dass CDU, SPD, Grüne und FDP Ende 2011 gemeinsam vereinbart hätten,

den hessischen Energiebedarf – den Verkehr ausgenommen – bis zum Jahr 2050 vollständig mit erneuerbaren Energien sicherzustellen. Das sei ein ehrgeiziges Ziel, der lange Zeitraum biete der Politik aber auch die Chance, die Bürger mitzunehmen. „Klar ist, dass wir unser Gesamtziel nicht gefährden, aber auch die Menschen nicht überfordern dürfen.“

Wenn Windräder direkt an der Gemeindegrenze aufgestellt würden, sollte die Nachbarkommune an den Erträgen beteiligt werden, um nicht nur eine Belastung, sondern auch einen Nutzen zu haben. „Das wird mühsam, da mache ich mir keine Illusionen“, sagt Bouffier. „Da nutzt es auch nichts, allein auf die Rechtslage hinzuweisen, wenn die Bürger sich daran stoßen, dass das Landschaftsbild durch Windräder beeinträchtigt wird.“